

DEMOKRATISCHE STADTENTWICKLUNG IM OSTEN

Holger Lauinger

DEMO-
KRATISCHE
STADT-
ENTWICK-
LUNG IM
OSTEN

 Heinrich-Böll-
Stiftung
Thüringen e.V.



DEMOKRATISCHE STADTENTWICKLUNG IM OSTEN

DEN UMBRUCH GESTALTEN! – INNOVATIVE STRATEGIEN UND NEUE AKTEURE BRAUCHT DAS LAND ...

Der gesellschaftliche Umbruch hat Ostdeutschland in den letzten zwei Jahrzehnten mit ökonomischen, demographischen und sozialen Problemen konfrontiert, für die es keine einfachen, fertigen Lösungen gibt. Der Masterplan „Aufbau Ost“ nach dem Vorbild West stagniert. Die Haushalte der meisten ostdeutschen Kommunen befinden sich in einer Krisensituation. Die klassischen Förderstrategien des Infrastrukturaufbaus haben ihre Grenzen erreicht. Mittlerweile stellen sich dringlichere Fragen der Innovationsförderung, der Sicherung von sozialer Teilhabe und Daseinsvorsorge. Wie kann der gesellschaftliche Umbruch sozial-ökologisch gestaltet werden? Wie kann zukünftig auch in strukturschwachen Regionen Lebensqualität gewahrt werden?

Im Folgenden werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Neuen Länder und die Situation der Kommunen dargestellt. Immer deutlicher wird, dass das Engagement der Bürger gefragt ist, um strukturelle Defizite auszugleichen. Planungs- und Beteiligungsansätze wie die „Integrierten Stadtentwicklungskonzepte“ oder die „Bürgerhaushalte“ weisen den Weg zu einer Stadtentwicklung mit mehr direkter Demokratie. Zwei Projekte der Zwischennutzung und der urbanen Landwirtschaft verdeutlichen wie der engagierte Bürger zum „Akteur des Wandels“ werden kann.

Die Frage der zukünftigen Energieproduktion wird zur zentralen Weichenstellung für die sozial-ökologische Gestaltung des Umbruchs. Einen ökonomischen Umbruch

wie ihn die Vision des „Green New Deal“ als kommende Wirtschaftsform zu beschreiben versucht.

Die hier dargestellten Projekte oder Verfahren können anregende Bilder für die vielen kleinen Aufbrüche vor Ort sein. Die zukunftsfähigen Lösungen aber müssen vor Ort selbständig erarbeitet werden.

DIE ÖKONOMISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE NEUEN LÄNDER UND DIE SITUATION DER OSTDEUTSCHEN KOMMUNEN

Die politische Debatte um den Stand der Deutschen Einheit im Jahr 2010 verdeutlichte nochmals die Probleme und perspektivischen Fragestellungen denen ostdeutsche Kommunen und Regionen unterliegen. Die Erfolge des sogenannten „Aufbau Ost“ liegen bis heute in der Verbesserung der Umweltbedingungen und der Modernisierung von Infrastruktur. Aber es ist bislang nicht gelungen, in Ostdeutschland einen selbsttragenden, wirtschaftlich dynamischen Entwicklungspfad zu etablieren. Trotz einer überproportionalen Wirtschaftsförderung stagniert bei rückgängigen Bevölkerungszahlen der Angleichungsprozess. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Neuen Länder je Einwohner liegt derzeit bei nur knapp 73 Prozent gegenüber den westlichen Bundesländern.

Durch die stagnierende Wirtschaftsentwicklung verfestigen sich Problemlagen, die sich gerade auf die Kommunen auswirken. Trotz anhaltender Abwanderung besteht eine hohe Arbeitslosenquote von durchschnittlich etwa 11 Prozent, zugleich liegt das Bruttolohnniveau bei 81 Prozent des Westniveaus. Der Sozialbericht des Deut-



schen Gewerkschaftsbunds (2009) beziffert die soziale Armut doppelt so hoch wie im Westen: 16,4 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind auf ALG II-Leistungen angewiesen. Der sozialräumliche Teilungsprozess wird gerade zwischen ostdeutschen Regionen immer wahrnehmbarer. Um wenige punktuelle Wachstumskerne haben sich weitflächige, strukturschwache Schrumpfungszonen entwickelt. Gerade in ländlichen Regionen kommt es durch Abwanderung und „Überalterung“ zu dramatischen demographischen Verschiebungen mit neuen Anforderungen an die Daseinsvorsorge und das bei zeitgleich schwindenden kommunalen Finanzen.

Das absehbare Ende der hohen Finanztransfers in die Neuen Länder spitzt die prekäre Situation weiter zu. Die Förderungen aus dem Solidarpakt verlaufen degressiv und nur bis in das Jahr 2019. Aus dem Korb I konnten im Jahr 2010 noch circa 8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, im Jahr 2019 werden letztmalig noch circa 2 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Auch von den Fördermitteln des Korb II wurden bereits bis 2009 mit circa 26 Milliarden Euro schon die Hälfte der bis 2019 noch vorhandenen Geldern abgerufen. Zudem drohen ab 2014 auch die EU-Fördermittel deutlich geringer auszufallen, da die ostdeutschen Länder durch die osteuropäische Erweiterung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die Kriterien der Höchstfördergebiete der EU-Strukturpolitik erfüllen werden.

Wie kann man das immer weniger werdende Geld sinnvoll investieren? In Zukunft sicherlich besser in „Köpfe statt Beton“. Denkbar wäre, die noch vorhandenen Gelder des Korb II anstelle weiter in Infrastrukturneubau mehr in integrative und regionalorientierte Konzepte zu investieren. Damit könnten regionale Unternehmens- und Innovationsnetzwerke gefördert werden. „Regionalbudgets“ oder „Zukunftsfonds“ könnten eingerichtet werden. Mit direkter Beteiligung engagierter Bürger könnten inno-

vative Ideen für vor Ort gefördert werden, beispielsweise im Bereich nachhaltiger Energiekonzepte, der Kreativwirtschaft und Daseinsvorsorge. Eine Neuausrichtung der Förderstrategien auf mehr „Innovation“ und „Akteursorientierung“ könnte helfen neue Impulse zu geben und vor Ort nachhaltigere Wertschöpfungsketten aufzubauen.

Eine zentrale Frage der Zukunft wird aber zudem sein, wie angesichts der prekären Situation die Sicherung der Daseinsvorsorge für jeden Bürger gewahrt werden kann? Was sind gerade in den strukturschwachen Regionen verbindliche soziale und kulturelle Mindeststandards? Diese Fragen bestimmen bereits den kommunalpolitischen Alltag der meisten ostdeutschen Rathäuser. Der Umgang mit der sozialen Spaltung der Gesellschaft und der Klimawandel gehören für die Kommunen zu den zentralen Herausforderungen der Zukunft. Unverständlicherweise aber wurden von der aktuellen Regierung schon struktur- und finanzschwache Kommunen noch stärker finanziell beeinträchtigt. Im Bereich der Sozialausgaben steigen die kommunalen Kosten, beispielsweise bei der Unterkunft von ALG II-Beziehenden und durch die Abschaffung des Heizkostenzuschusses und des Kinderwohngeldes durch den Bund. Zugleich wurde auch die Städtebauförderung um 25 Prozent gekürzt. Auch das trifft ostdeutsche Kommunen besonders: die Städtebauförderung galt bisher als ein unverzichtbarer Beitrag zum „Aufbau Ost“. Die Beeinträchtigungen für das Programm Stadtumbau Ost angesichts einer anlaufenden „zweiten Leerstandswelle“ in den ostdeutschen Städten werden schlicht ignoriert. Äußerst unzeitgemäß und kontraproduktiv aber war das rigorose Kürzen des Programms „Soziale Stadt“, das sich durch die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten und die Initiierung von Bürgerbeteiligung in den sozialen Brennpunkten der Städte auszeichnete.

Denn gerade in Ostdeutschland, aber zunehmend auch in anderen westdeutschen oder europäischen Regionen



stellt sich die Frage, wie die Zivilgesellschaft strukturelle Defizite ausgleichen kann, damit Lebensqualität in wirtschaftlicher Rezession bewahrt bleibt? So rückt das Engagement der Bürger langsam, aber mehr und mehr in den Fokus der „großen Politik“...

VON DER INTEGRIERTEN ZUR DEMOKRATISCHEN STADTENTWICKLUNG?

Von der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkt wurde im Jahr 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ verabschiedet. Zwei Schlüsselbotschaften der Charta sollen eine neue Stadtpolitik bestimmen. In allen EU-Mitgliedstaaten soll eine „Integrierte Stadtentwicklungspolitik“ Voraussetzung für finanzielle Förderungen auf europäischer und nationaler Ebene werden. Zudem sollen benachteiligte Stadtquartiere zukünftig besondere Aufmerksamkeit erfahren. Seitdem sind Kommunen dazu aufgefordert „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte“ (INSEK) zu erarbeiten, die neben den kommunalen Fachressorts, die Akteure des Wohnungsmarkts sowie Bürger, Vereine und andere an Stadtentwicklung interessierte Organisationen an den Planungen partizipieren lässt. So sollen öffentliche und private Investitionen in den Städten besser koordiniert werden und die Beteiligung der Bürger in der Stadtplanung gewährleistet werden.

Auch im Stadtumbau Ost bilden die INSEKs die Grundlage für die Aufnahme in das Programm, mit dem Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen gefördert werden.

Die Beteiligung der Bürger ist damit in das kommunale Verwaltungshandeln festgeschrieben, dennoch fällt das bisherige Fazit des Gutachtens „Bürgermitwirkung und Bürgerinitiative Stadtumbau Ost“ (2009) nach aktuellem Stand eher bescheiden aus. Eine Evaluation des

Ministeriums ergab, dass die Bürger eine Beteiligung als wichtige Basis des Stadtumbaus empfinden. Dennoch haben bürgerschaftliche Beteiligungsverfahren keine bzw. geringe Kontinuität. Bürgerbeteiligung habe meist nachrangige Bedeutung und beschränke sich vorwiegend auf Information der Bürger und weniger auf Motivation zu aktiver Teilhabe. Insgesamt hätten aber auch nur wenige experimentelle, kooperative Beteiligungsformen im Stadtumbauprozess stattgefunden.

DIE „CHARRETTE“ IN GRÄFENHAINICHEN

Eine besondere Ausnahme in den Stadtumbaustrategien ist das Konzept „Stadt mit neuer Energie“ der sachsenanhaltinischen Kleinstadt Gräfenhainichen (13.500 Einwohner). In einer sogenannten „Charrette“, einem Planungsverfahren mit direkter Bürgerbeteiligung, erarbeiteten in der zentralen Kapelle des Ortes Experten aus verschiedenen Planungsdisziplinen mit interessierten Bürgern ein Konzept für die Zukunft. Entwickelt wurden städtebauliche Zielstellungen und für die Wohngebiete differenzierte Rückbaustrategien. Für die Umsetzung erster Abschnitte dieser Planung wurden noch während des Verfahrens die notwendigen Stadtratsbeschlüsse gefällt. Ein umfassendes Konzept zur nachhaltigen Energieversorgung von Wohnquartieren auf Basis der Geothermie-Nutzung wurde gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet. Aufgrund der direkten Beteiligung der Bürger erhielt die Gemeinde 2002 den 1. Preis im Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost.

DER „NACHBARSCHAFTSGARTEN JOSEPHSTRASSE“ IN LEIPZIG-LINDENAU

Das Zulassen oder Ermöglichen von Bürgerinitiative ist auch einer der wesentlichen Bausteine der Erfolge



der Stadt Leipzig im Umgang mit Schrumpfung und Stadtumbauprozessen. Gerade das Fördern der Aneignung von leerstehenden Räumen und Immobilien hat im Leipziger Westen, in den Stadtteilen Lindenau und Plagwitz, anschauliche Erfolge gebracht. Dabei bietet urbanes Landwirtschaften und Gärtnern einen besonderen niedrighschwelligem Zugang für das Engagement bei Anwohnern. Der 7-minütige Kurzfilm „Am Anfang war der Nachbarschaftsgarten“ beschreibt sehr anschaulich wie die „Nachbarschaftsgärten Josephstraße“ auf einer ehemaligen unansehnlichen Stadtbrache ein Mehr an Lebensqualität in das Lindenauer Gründerzeitviertel einziehen haben lassen.

Auf den rund 7.000 Quadratmetern zwischen Joseph- und Siemeringstraße entstanden in den vergangenen Jahren Gärten, Wiesen, Selbsthilfewerkstätten, ein Strohhallenhaus, eine Fahrradwerkstatt und ökologische Pflanzprojekte in Zusammenarbeit mit Jugendlichen. Initiiert wurde dieses Projekt 2002 durch den Lindenauer Stadtteilverein e. V. und wird seitdem durch den Nachbarschaftsgarten e. V. lebendig gehalten. Die gratis von der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis zu beziehende DVD „Gründämmerung“ zeigt in weiteren Beispielen aus deutschen Städten, wie urbane Landwirtschaft in deutschen Städten an Bedeutung gewinnt: Interkulturelle Gärten, Community Gardens, City Farms, Nachbarschaftsgärten und Kinderbauernhöfe. Das Gärtnern schafft einen Rahmen für städtische Naturerfahrung, für Selbermachen, für Begegnung und Gemeinschaft. Weitergehendes Engagement für den Stadtteil entsteht: Brachen werden entmüllt und bepflanzt. Praktische Lernorte für Kinder entstehen und neue Impulse für Kulturen der Teilhabe bereichern das Zusammenleben. Stadtteile gewinnen durch das zivilgesellschaftliche Engagement an Lebensqualität und auch vormals marginalisierte Bevölkerungsschichten erhalten die Chance, sich mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten in den Lebensraum Stadt einzubringen.

DIE „WÄCHTERHÄUSER“ IN LEIPZIG-PLAGWITZ

Nicht nur räumlich stehen die sogenannten „Wächterhäuser“ den Nachbarschaftsgärten Josephstraße nahe. Das Motto lautet: Zwischennutzung und Instandsetzung! Im Jahr 2004 gründeten engagierte Bürger den Verein „Haushalten e. V.“ mit dem Ziel städtebaulich und baukulturell bedeutsame Gebäude, die durch langjährigen Leerstand zu verfallen drohten, durch temporäre Nutzungsfreigabe zu erhalten. Mittlerweile wehen an den Außenfassaden von 13 Häusern die gelben Fahnen der Wächterhäuser. Die kunterbunte Vielfalt, die in ihren Räumen eingezeichnet ist, hat sich zu einem Motor der Wiederbelebung des Stadtteils und Kreativwirtschaft entwickelt. Der Dachverein Haushalten e. V. sucht Existenzgründer und gemeinnützige Nutzergruppen, handelt für diese treuhänderisch einen Vertrag mit dem Eigentümer aus. Der Verein begleitet den Zwischennutzungszeitraum mit fachlichem Rat bis zu einem Stadium, an dem das Verhältnis wieder gelöst oder von den Nutzern eigenständig vertraglich übernommen wird. Dieses Erfolgsmodell wird mittlerweile auch in Halle/Saale, Chemnitz, Görlitz, Dresden, Magdeburg und Erfurt praktiziert. Das Prinzip kann eigentlich in jeder Kommune angewendet werden, wenn man das entsprechende Bürgerengagement vor Ort fördert.

DIE BÜRGERHAUSHALTE IN JENA UND GROSSBREITENBACH

Erfolgreiche Kooperationen zwischen Kommunen und Bürger sind ein notwendiger gesellschaftlicher Suchprozess. Seit etwa 25 Jahren existiert das Verfahren der Bürgerhaushalte. Die Idee verbreitete sich von der brasilianischen Stadt Porto Alegre über Lateinamerika nach Europa. Mittlerweile haben sich in Deutschland 67 Kommunen entschlossen, Bürgerhaushalte durchzuführen. Der Entwicklungsstand in den Kommunen ist noch



verschieden. Thüringen ist das erste Bundesland, das ein Bürgerhaushaltsnetzwerk für Kommunen hat, das Informations- und Weiterbildungsangebote anbietet.

Was ist ein Bürgerhaushalt? Grundsätzlich sollen Bürgerhaushalte der Bevölkerung vor Ort die Möglichkeit bieten über die finanziellen Belange ihrer Gemeinde aktiv mitzubestimmen. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Es ist ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren mit einem eigenständigen Diskussionsprozess. Die organisierende Verwaltung muss Rechenschaft darüber ablegen, inwieweit die Vorschläge der Bürger aufgegriffen und umgesetzt werden. Die Bürgerhaushalte in Deutschland zeichnen sich durch einen einheitlichen drei-stufigen Ablaufplan aus. Er beginnt mit der Informationsphase, in der die Bürger über den Haushalt der Kommune informiert werden. Darauf folgt eine Phase der Konsultationen, in der die Meinungen und Ideen der Bürger eingebracht werden können. Der Ablauf endet mit der Phase, der Rechenschaftslegung, in der die Bürger über die Annahme oder auch die eventuelle Ablehnung der Vorschläge informiert werden.

Die thüringer Städte Erfurt, Jena und Großbreitenbach haben bereits einen Bürgerhaushalt durchgeführt. In Jena (104.500 Einwohner) ergab im Jahr 2009 die Analyse der Bürgerwünsche, dass die Rückführung der kommunalen Verschuldung der Bevölkerung dringlichstes Anliegen war. Ebenso wünschte man sich Investitionen in Projekte des sozialen Wohnungsbaus und den Ausbau des Radwegenetzes. Die ländliche Kleinstadt Großbreitenbach (2.800 Einwohner) führte 2009 ebenfalls einen Bürgerhaushalt durch. Der Schwerpunkt der Bürgervorschläge lag auf den Bereichen Verkehr, Straßenbau und Altstadt kern. Mit dem Votum der Bürger konnte zudem der Umbau des Großbreitenbacher Herrenhauses in eine

altersgerechte Wohnanlage umgesetzt werden. Ein Bauvorhaben mit 2,7 Millionen Euro Investitionsvolumen.

Die Studie „Bürgerhaushalte in Ostdeutschland“ der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen hat ergeben und transparente Strukturen, qualifiziertes Personal der Verwaltung und engagierte Bürger Gelingensbedingungen sind. Von einer Mehrheit aus Politik und Verwaltung wird das Verfahren positiv angesehen. Es ermöglicht den Dialog zwischen den Bürgern, der Politik und der Verwaltung und schafft Akzeptanz bei den haushaltspolitischen Belangen einer Kommune. Der Bürgerhaushalt kann so ein wesentlicher Baustein einer demokratischen Stadtentwicklung werden. Interessierte Kommunen oder Bürger können der Studie hilfreiche Empfehlungen für einen optimalen Bürgerhaushalt entnehmen.

**Informationen zum Planungsverfahren „Charette“
finden Sie hier:**

www.charrette.de

www.stadt-mit-neuer-energie.de

**Informationen zu den Leipziger Projekten „Nachbarschaftsgärten Josephstraße“ und Wächterhäuser
finden Sie hier:**

www.youtube.com/watch?v=sXta0iWtF4Y

www.leipzig.de/de/buerger/stadtentw/projekte/erneuerung/freir/

www.haushalten.org

**Die Studie und weitere Informationen zum Verfahren
„Bürgerhaushalt“ finden Sie hier:**

www.buergerhaushalt.org

www.boell-th.boell-net.de/web/51-397.html

www.jena.de/buergerhaushalt

www.da-rede-ich-mit.de



KOMMUNALE WERTSCHÖPFUNG DURCH ERNEUERBARE ENERGIEN

Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben: Die wohl größte Chance für strukturschwache Kommunen einen neuen Entwicklungsweg zu beschreiten, bieten die regenerativen Energien. Schon heute generieren deutsche Städte und Gemeinden circa 6,8 Milliarden Euro durch den dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien. Dies hat eine Analyse der Wertschöpfungseffekte regenerativer Energietechnologien des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im September 2010 ergeben. Kommunen können durch Steuer- und Pachteinnahmen, Unternehmensgewinne und Arbeitsplätze sowie die Einsparung fossiler Energieimporte profitieren. Laut IÖW-Studie flossen im Jahr 2009 etwa 600 Millionen Euro als Steuereinnahmen in die Kassen der Kommunen. Mit einem weiteren dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien könnte bis 2020 sogar die Verdoppelung der kommunalen Wertschöpfung erreicht werden. „Es zeugt von regionalwirtschaftlichem Weitblick und finanzpolitischem Sachverstand, dass immer mehr Städte und Gemeinden den Umstieg auf eine regenerative Energieversorgung in die Tat umsetzen“, sagt Jörg Mayer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien und Auftraggeber der Studie. „Sie erhöhen damit ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort und verbessern die kommunale Haushaltsslage. Dies kommt wiederum den Bürgern vor Ort zugute.“

DIE STADTWERKE NEUSTRELITZ

Die Stadt Neustrelitz (21.500 Einwohner) in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich bereits seit einigen Jahren mit der Umstellung der Stadtwerke auf regenerative Energieproduktion auf ökologischem und ökonomischen Erfolgs-

kurs. Sonne und Biomasse sorgen bereits heute dafür, dass rund 80 Prozent des Stroms und 50 Prozent der Wärme vor Ort ökologisch produziert werden. Das erste Projekt der Stadt war 2002 eine Erdgastankstelle anzubieten. 2006 wurde in ein großes Biomassekraftwerk investiert. Es bewirkt eine Einsparung von 14.500 Tonnen Kohlendioxid im Jahr. 2008 folgte eine Biogasanlage. Neuere Projekte auf dem Gebiet der Sonnenenergie sind die im Bau befindliche Photovoltaikanlage und die Bürgerbeteiligung „Sonnendächer für unser Klima“. „Die Stadtwerke wollen weiter zum Wandel in der Region hin zu erneuerbaren Energien beitragen und Vorbild für die Bürger sein“, erklärt Geschäftsführer Frank Schmetzke. „Das ist ein Beitrag zum Klimaschutz und sichere die Energieversorgung als lokale Wertschöpfung.“ Das Wirken der Stadtwerke auf diesem Gebiet trage zu nachhaltigen Wirtschaftseffekten bei. So sind circa 100 neue Arbeitsplätze im Umfeld des Biomasse-Heizkraftwerkes entstanden.

Die Stadtwerke nutzen für ihre Investitionen das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Es garantiert Abnahme und Vergütung alternativer Energien, die so betriebswirtschaftlich fest kalkulierbar sind. „Die Wertschöpfung, die wir aus der Nutzung erneuerbarer Energien ziehen, stärkt das wirtschaftliche Rückgrat der Stadt“ betont Schmetzke. Regionale und kommunale Bündnisse hält er für wichtig. „Jede Initiative muss willkommen sein!“. Die Stadtwerke gehören zu den Partnern der Bioenergieregion Mecklenburgische Seenplatte, dessen Projektbüro in Neustrelitz ansässig ist. Das Engagement in Neustrelitz hat außerdem bewirkt, dass das Landeszentrum für erneuerbare Energien (LEEA) in Neustrelitz etabliert wird.

NEUE ENERGIE IN BÜRGERHAND: ZSCHADRASS, WILDPOLDSRIED UND DARDESHEIM

Nicht nur große Stadtwerke können vom Umstieg auf Erneuerbare Energien profitieren. Gerade für Kommunen



im ländlichen Raum bieten die dezentralen regenerativen Energien neue Chancen. In dem Dokumentarfilm „Neue Energie in Bürgerhand“ (30 min, 2010) berichten Bürger und Macher der Erneuerbaren-Energien-Kommunen Zschadraß (Sachsen), Wildpoldsried (Bayern) und Dardesheim (Sachsen-Anhalt) sehr authentisch von ihren finanziellen Erfolgen und dem Gewinn an Lebensqualität durch die Umstellung der kommunalen Energieproduktion. Es wird beispielsweise gezeigt wie auch mit kleinem Budget Ökologie und soziale Teilhabe verbunden werden kann: Die kleine sächsische Landgemeinde Zschadraß (3.300 Einwohner) liegt inmitten des Städtedreiecks Leipzig – Chemnitz – Dresden. Das Energiekonzept will vor Ort den Bedarf an Strom, Wärme und Kraftstoffen mit Sonnen-, Wind- und Bioenergie decken. Finanzielle Gewinne fließen über einen Verein und eine ökologisch-soziale Stiftung in den Kindergarten und den Fahrdienst der Gemeinde. Bürgermeister Matthias Schmiedel: „Das Thema erneuerbare Energien hat mit Zukunftssicherung zu tun. Wir übernehmen heute Verantwortung für unsere Kinder und Enkel. Außerdem können wir mit erneuerbaren Energien Geld sparen und die eigene Wertschöpfung ankurbeln.“ Die Gemeinde will bis 2050 energieautonom werden. Dem 100-Prozent-Ziel nähert sich Zschadraß stetig. 2007 lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch schon bei 27 Prozent, im Strombereich ist man schon heute bei weit über 100 Prozent und erwirtschaftet dank der bestehenden Einspeisevergütung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) finanzielle Überschüsse für das Gemeinwohl. Die Gemeinde ist über einen Verein und eine Stiftung mit 20 Prozent an einem Windrad eines privaten, lokalen Betreibers beteiligt. In circa 15 Jahren werden die Kredite der Gemeinde abbezahlt sein. Der Film wird ab 2011 auf Reisen durch ostdeutsche Regionen gehen. Die DVD des Films kann ab April 2011 gegen eine Schutzgebühr erworben werden.

Weitere Informationen zum Thema sowie den Trailer zum Film können Sie hier finden:

www.unendlich-viel-energie.de
www.kommunal-erneuerbar.de
www.stadtwerke-neustrelitz.de
www.gruene-bundestag.de/cms/ostdeutschland/dok/364/364896.neue_energie_in_buergerhand.html

DIE IDEE EINES „GREEN NEW DEAL“

Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 finden die Konzepte des „Green New Deal“ zunehmend an Aufmerksamkeit, die mit der Kombination von arbeits- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft gestalten wollen. Staatliche Investitionen sollen künftig in die Bereiche Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, Ressourcenschonung, Biolandwirtschaft, Bildung & Betreuung, Gesundheit & Pflege, Tourismus & Kultur und in den sozialen Arbeitsmarkt investiert werden. Für ostdeutsche Regionen und Kommunen könnten es Zukunftsfelder für eine Stabilisierung durch regionale Wirtschaftskreisläufe sein. Wie viele Arbeitsplätze diese politische Strategie für Ostdeutschland bringen könnte, ist bisher nicht abschließend kalkuliert. Eine Steigerung an Lebensqualität würde es auf jeden Fall bedeuten.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:

www.boell-th.boell-net.de/web/112.html
www.gruene-mv.de/themen/wirtschaft-und-arbeit/gruener-new-deal-fuer-unser-land.html
www.boell.de/greennewdeal



SCHLUSSWORT

PIONIERE DES UMBRUCHS

Die Umbruchprozesse sind bereits im vollen Gange. Die wirtschaftlichen und räumlichen Fragmentierungsprozesse sind ebenso Ausdruck dafür wie die sozialen Exklusionsprozesse, regionale Schrumpfungsprozesse und die dramatischen demographischen Veränderungen.

Wie können dennoch aus der Spannung nicht mehr funktionierender gesellschaftlicher Mechanismen neue progressive Antworten entstehen?

Das Abwarten auf politisch ideal konstruierte Rahmenbedingungen für einen sozial-ökologischen Gesellschaftsumbau bleibt müßig, wenngleich für neue Förderstrukturen politisch gestritten werden muss. Entscheidend für die Zukunft vieler Orte wird aber sein, den Umbruchprozess frühzeitig aktiv und eigenständig anzugehen. Die Qualität des Personals von Politik und Verwaltung in den Kommunen wird entscheidend dafür sein, ob vor Ort Lebensqualität und Teilhabe für alle Bürger gesichert wird. Gerade in Fragen der Daseinsvorsorge wird eine Ermächtigung der Bürger neben Staat und Privatwirtschaft notwendig: Neue Akteurskonstellationen wie Stadtforen, Bürgergenossenschaften oder auch unabhängige lokale Bürgerparteien sind ein Indiz für das Bedürfnis nach mehr direkter lokaler Demokratie und aktiver Mitgestaltung. Mit dem Verfahren der Bürgerhaushalte können die Bedürfnisse und der Gestaltungswille der Bürger in Verwaltungshandeln integriert werden.

Gefragt sind Fantasie und Mut auch neue, außergewöhnliche Wege zu gehen.

So könnte beispielsweise das Stärken der Bereiche Sozio-kultur und Jugendbildung als gestaltende Motoren des Wandels langfristig wesentlich mehr Lebensqualität vor Ort sichern als ein kurzsichtiges Kürzen wie es vielerorts geschieht. Ebenso könnten lokale Diskurse über Gemeinwohlgüter und Formen der Allmende die Attraktivität von Städten und Gemeinden stärken und auch den Zuzug neuer Einwohner bringen.

Das Bedürfnis und Bewusstsein bei engagierten Bürgern, Formen der Daseinsvorsorge – wie beispielsweise die Wasser-, Energie-, Boden- oder auch Wohnraumversorgung – dem Markt zu entziehen, wächst stetig. Offensiv betonte Gemeinwohlorientierung kann auch als Alleinstellungsmerkmal wirken, ebenso das bewusste forcieren vermeintlicher Schwächen.

Die gezielte Entschleunigung von wachstumsfernen Orten oder Regionen, beispielsweise durch die Herausnahme von Autoverkehr, Werbung und großen Handelsketten wie es die internationale „Slow City Movement“ praktiziert, kann zur Wiederkehr verloren gegangener Qualitäten führen. Viele der „langsamen Orte“ profitieren heute von einem wachsenden Gesundheitstourismus. Ein internationales Beispiel, das in Deutschland bisher noch nicht praktiziert wird, aber vielleicht noch Schule machen könnte. Allzuviel Mainstreamlösungen für alle Orte wird es nicht geben. Der lokalen Fantasie dürfen Flügel wachsen. Zukunftsfähige Lösungen müssen individuell vor Ort erarbeitet werden. Es gilt Pionier im Umbruch zu werden. Wer wagt, der gewinnt!



DER AUTOR

Holger Lauinger ist Jahrgang 1971, Studium der Landschaftsplanung an der TU Berlin. Er arbeitet als freier Journalist und Filmmacher in Berlin. Ihn interessieren die Konstruktion von Umwelten und deren soziale Realitäten. Fachkenntnisse und persönliche Beobachtungen im städtischen wie ländlichen Lebensumfeld inspirieren ihn zur Entwicklung von Filmkonzepten.

- Filme: „Nicht-Mehr | Noch-Nicht“ (2004), „Neuland“ (2007), „Wer anderen eine Grube gräbt...“ (2008), „Junge Möglichkeitsräume in Lichtenberg“ (2009), „mensch macht stadt“ (2010)
- 2008 Gründung der Sein-im-Schein-Filmproduktion www.sein-im-schein.de
- 2009 – 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter „Grüner Aufbau Ost“ der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Impressum:

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5

99084 Erfurt

Telefon: 0361 - 555 32 57

Fax: 0361 - 555 32 53

E-mail: info@boell-thueringen.de

www.boell-thueringen.de

Policy Paper No. 17

Juni 2011

© 2011 Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung:

www.genausonuranders.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5
99084 Erfurt

Telefon: 0361 - 555 32 57
Fax: 0361 - 555 32 53

E-mail: info@boell-thueringen.de
www.boell-thueringen.de